

Text von Klaus Kirstein, Mitglied der OG Elb-Havelland e.V.

Soziale Ungerechtigkeit

Die NaturFreunde Deutschlands fordern von der Bundesregierung politisches Handeln gegen die weltweit bestehende Ungleichheit.

Die Ortsgruppe Elb-Havelland e.V. hat sich mit der weltweiten sozialen Ungerechtigkeit auseinandergesetzt. Sie fordert staatliche Sanktionen gegen Unternehmen (bzw. gegen deren Produkte) die Menschenrechte und Umweltstandards nicht einhalten. Bei den Produkten sieht man oft schon am Preis, dass sie unter Missachtung der Menschenrechte produziert wurden.

Dabei sehen wir die Menschenrechte nicht so speziell wie die Bundeskanzlerin, die in Russland oder China mehr Rechte für die dortige Opposition verlangt.

Der UN-Menschenrechtsrat hat 2011 Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte angenommen. Mit diesen Leitprinzipien sollen auch Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Sie sollen dafür sorgen, dass Menschenrechte in ihrem Einflussbereich eingehalten werden.

Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10.12.1948 gehört dazu:

Jeder hat ein Recht auf Arbeit und auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen.

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der ihm und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung,

Wohnung, ärztliche Versorgung, notwendige soziale Leistungen sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.

Wir wissen, dass da schon bei uns manches im Argen liegt - siehe Leiharbeit. In Afrika

und weiten Teilen Asiens sind die Arbeitsbedingungen aber noch weit drückender. Es sind oft die Bedingungen der Sklaverei. Dabei würden wir es an den Preisen der Produkte, seien es Kaffee, Kakao oder Textilien nicht einmal merken, wenn die produzierenden Menschen angemessen entlohnt würden

Hinzu kommt, dass den Bauern von international arbeitenden Agrarunternehmen das Land geraubt wird. Den Fischern werden die Fanggründe von internationalen Unternehmen leergefischt. So beklagt Papst Franziskus in seiner Enzyklika "Laudato Si" die weltweite soziale Ungerechtigkeit, die Ursache für die Zerstörung von Umwelt und menschlicher Gesellschaft ist.

Unter der Leitung des Außenministeriums wird ein Nationaler Aktionsplan zu den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ausgearbeitet. Leider sieht es so aus, dass es der Wirtschaft überlassen bleibt, ob sie auf freiwilliger Basis etwas ändern möchte.

Wir aber fordern Abgaben auf Produkte, die unter Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit, übermäßig lange Arbeitszeiten und Lohndumping zustande kommen. Die Abgaben wären in den betroffenen Ländern in soziale oder Umwelt-Projekte zu investieren.